

Stellungnahme der **Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Brandenburg Katte e.V.**
vom 30. Mai 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

Wir begrüßen die vorgelegte Konzeption zur Gedenkstätte Lindenstrasse 54/55. Im Bereich der Profilbeschreibung 1.1. ist die Bedeutung des Hauses in der Friedlichen Revolution allerdings sehr unvollständig beschrieben, gingen von dort doch auch sowohl die wichtigsten Impulse zur Umgestaltung in Potsdam zur Kommunalwahl am 6.Mai 1990 als auch zur Bildung des Landes Brandenburg und Wahl des ersten Landtages im Herbst 1990 aus. Im Bereich der Aufgabenbeschreibung 1.3 fehlt dieser Aufgabenbereich zur Friedlichen Revolution völlig. Dieses muss in der Aufgabenbeschreibung noch ergänzt werden. Gerade der Aspekt demokratischen Handelns sollte aber auch Schwerpunkt sein, denn diese „Einmischung in eigener Sache“ gilt es künftigen Generationen zu vermitteln und nicht nur einen Ort kollektiver Betroffenheit zu schaffen.

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

Die Arbeitsschwerpunkte sind in der Profilbeschreibung der Konzeption schon recht klar beschrieben. Defizite sehen wir nur in Teilbereichen, die bisher noch nicht bzw. zu wenig berücksichtigt wurden bzw. erst noch genauer erforscht werden müssen: Beispiele wären hier die Verfolgung Homosexueller Männer sowie z.B. aus der Zeit des Erbgesundheitsgerichts die freiwilligen Kastrationen Homosexueller um einer Inhaftierung zu entgehen bzw. auch freiwillige Kriminalisierung Homosexueller um eine Lagerhaft zu umgehen sowie zu Zeiten des NKWD/MfS auch die Fragen der Verfolgung aus religiösen Gründen.

Auch ist die Darstellung der Arbeit aus der Zeit der friedlichen Revolution bisher noch sehr verbesserungswürdig. Dazu müssten entsprechende museale Sammlungen und Forschungsarbeiten initiiert werden.

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

Als erstes muss man hier die Frage stellen, welches klare Profil die Mahn- und Gedenkstätte haben sollte. Aus unserer Sicht sollte dieses den Zeitraum 1945 bis 1990 beinhalten. Wie schon in der Antwort zu Frage 1 beschrieben, hat ein „Gemischtwarenladen“ kollektiver Bestürzung und Betroffenheit für Besucher keine Attraktivität. Deshalb müsste nach unserer Meinung das Besondere der Lindenstrasse, also der Übergang von staatlicher Willkür und Diktatur zu einer offenen und demokratischen

Gesellschaft im Fokus stehen.

Alle anderen Themen die mit staatlicher Repression und Verfolgung zu tun haben, kann man in wechselnden Ausstellungen berücksichtigen. Diese hätte auch eine besondere Attraktivität, weil es immer wieder neue Besucher ins Haus ziehen würde und Anlass einer öffentlichen Darstellung bietet.

Auch die vielen noch unveröffentlichten Zeitzeugendokumente über Widerständler aus der Nazizeit würden im Rahmen von wechselnden Ausstellungen über eine begrenzte Zeit mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit weit mehr Wirkung zeigen.

Zur eigentlichen Frage fehlt schon allein darin die DDR- Zeit und die Friedliche Revolution! Da die Opfer der Inhaftierung zumeist eben nicht selbst Handelnde waren, halten wir es viel mehr für wichtig, gerade die Stimmen/Filme/Dokumentationen von den Aktiven der Wendezeit zu sammeln und zu bewahren.

Auch wenn mit Regine Hildebrandt und Rudolf Tschäpe erst wenige Zeitzeugen des Hauses aus dieser Zeit verstorben sind, gilt es doch auch hier, die Ideale und Möglichkeiten von Ihrem bürgerschaftlichen Engagement künftigen Generationen zu vermitteln.

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt, wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

Mit der Zusammenarbeit mit dem Potsdam Museum waren viele nicht immer sehr zufrieden. Daher ist die Möglichkeit einer Stiftung unter Treuhänderschaft der Stadt Potsdam zu begrüßen. Allerdings sollte die Stadt im Rahmen der Stiftungssatzung und Stiftungsprogrammatik eine Lösung anstreben, wo nicht nur der Gründungsbeschluss durch die SVV gefällt wird, sondern auch entsprechende demokratisch legitimierte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte gewahrt bleiben.

Eine Trägerversammlung halten wir auf Grund unklarer Mehrheitsverhältnisse zwar für schwierig, dafür würde es aber die Gewähr bieten, dass auch künftig entstehenden Gruppen oder Initiativen eine Teilhabe ermöglicht wird, genau wie jetzt eine Teilhabe vieler Vereine, Initiativen und Stiftungen ohne „Platzgerangel“ um Beiratsplätze oder Postengeschacher möglich wäre.

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?

Mit Enttäuschung und Entsetzen haben wir die Diskussionen der letzten Wochen um vermeintliche Wertigkeit von Opfern und Opferinteressen verfolgt. Da die Fragen der Vergleichbarkeit der Opfer ja immer im Zusammenhang auch veränderter gesellschaftlicher Werte- und Moralvorstellungen gesehen werden muss und auf der anderen Seite die Wissenschaftliche Bewertung ggf. mit einer stark emotional behafteten Opferarbeit behutsam ausbalanciert werden muss, halten wir die Zusammensetzung des Wissenschaftlichen Beirates in der jetzigen Fassung nicht für klug, so wie dass sowohl der Sachverständige im Kulturausschuss schon zu Bedenken gegeben hatte als auch die

Erfahrungen von der Gedenkstätte in der Leistikowstrasse zeigen.

Wir hielten es für besser, wenn man in einem Beirat nur die bürgerschaftlichen Vereine und Verbände sowie die Vertreter der Opferinteressen bündelt. Die genannte Aufgabe, Empfehlungen für die Nutzung und Entwicklung der Gedenkstätte auszusprechen ist davon auch zu leisten.

Da es sich in erster Linie um eine Mahn- und Gedenkstätte und nicht vorwiegend um ein Museum handelt, wäre damit wäre auch geklärt, dass die Gedenkstätte Lindenstraße nicht Podium von Interessensgruppen wird, die sich dort präsentieren und eine Öffentlichkeit erreichen wollen. Die fachliche Zusammenarbeit mit anderen Gedenkstätte ergibt sich schon aus der Arbeit der Gedenkstätte und muss nicht institutionalisiert werden.

Deshalb erschliesst sich uns die Einbeziehung bestimmter Berliner Stiftungen hier nicht. Es ist es für die Unterstützung der Gedenkstätte evtl. sinnvoller, sich Gedanken über einen ggf. erweiterten Stiftungsvorstand zu machen, welcher dann gerade in der tagtäglichen Umsetzung der Leitlinien und Empfehlungen des Beirates kontinuierlichere Unterstützungsarbeit leisten könnte.

Alternativ, sofern der wissenschaftliche Beirat beibehalten werden soll, könnte man die Opferinteressen bzw. die bürgerschaftlichen Vereine auch in einem Gedenkstättenkomitee zu bündeln, so daß auch eine weiterangelgte breitere Mitarbeit sowie auch ein künftiger Zugang neuer Strukturen ermöglicht wird.

Abschliessend möchten wir zu den vorgeschlagenen Mitgliedern des Beirates anmerken, dass wir auch hier als wichtigstes Vertreter zur Wendezeit vermissen. Deshalb schlagen wir gerade dazu die Gemeinschaft der Verfolgten des DDR Systems, Benkertstraße 10, 14467 Potsdam unter Vorsitz von Bob Bahra und Carola Stabe vor. Ausserdem muss auch dem gerade in Gründung befindlichen Häftlingsbeirat unbedingt eine Stimme eingeräumt werden.

Weiterhin halten wir trotz der Probleme aus der Leistikowstrasse eine Zusammenarbeit mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hier für ungemein wichtig, da wir aus den Einzelschicksalen von Häftlingen aus der Zeit des Nationalsozialismus und des NKWD/MfS von vielen Verbindungen mit dem von der Gedenkstättenstiftung betreuten Konzentrationslager/Aussenstelle des NKWD sowie der Dokumentationsstelle in der JVA Brandenburg wissen. Dabei muss aber auch von dort die Prämisse der Opfer nach 1945 weit mehr berücksichtigt werden. Ausgrenzungen, dass bestimmte Opfergruppen nur informiert, aber nicht an der Entscheidungsfindung beteiligt werden halten wir für falsch und müssen verhindert werden.

Um der Gedenkstätte eine größere Anziehungskraft zu geben finden wir es auch sehr wichtig, dass dort regelmäßig Kunst und Kultur stattfinden, die sich mit dem Thema auseinander setzen. Auch dafür muss man Freiräume als auch Mitwirkungsmöglichkeiten von vornherein verankern.

Das Wichtigste ist aber, es muss ein offener, lebendiger Ort geschaffen werden, an dem man wie in den anderen Gedenkstätten keinen Eintritt zahlen muss. Wobei sicher auch unter Berücksichtigung der Eindrücke des Ortes entsprechende Spendensammlungen erfolgreich durchgeführt werden können. Dass Leute bei Veranstaltungen, die sich mit dieser Thematik befassen Eintritt bezahlen sollen, ist nicht angemessen. Dafür sind andere Möglichkeiten der Förderung solcher Veranstaltungen zu erschließen.